

Zitat des Tages



**Erfolge der AfD
schaden dem Image
unseres Landes.**

Dieter Kempf, Präsident
des Bundesverbandes der
Deutschen Industrie

Leserstimmen

Wer bestellt bezahlt

Zum Kommentar „Eine Ohrfeige“ und *Gratisfahrten für Soldaten*. Das darf ja wohl nicht wahr sein! Ein Kommentator bezeichnet auch in Zeiten der Klima-Debatte die Investitionen ins Schienennetz als ein „Einsacken“ von Seiten eines Quasi-Staatskonzerns. Investitionen ins Schienennetz sind eine öffentliche Aufgabe und Zukunftssicherung, die dringend erweitert werden muss. Und zur Idee, Bundeswehr-Angehörige umsonst Bahnfahren zu lassen: Gute Idee, klar. Aber wie immer sollte gelten: Wer bestellt bezahlt. Also das Verteidigungsministerium.

Wolfram Wild, Öhringen

Wertvoller Dienst

Frau Kramp-Karrenbauer fordert kostenlose Bahnfahrten für Soldatinnen und Soldaten. Sie will dies als Anerkennung für die besondere Leistung verstanden wissen, die diese Berufsgruppe für die Allgemeinheit leistet. Ohne die Leistung der Bundeswehr abwerten zu wollen: Was ist mit all den anderen, die auch einen Dienst für die Allgemeinheit leisten? Was ist mit den Erzieherinnen, den Rettungssanitätern, den Feuerwehrleuten? Ihr Dienst ist mir mindestens so wertvoll und wichtig wie das, was die Bundeswehr leistet. Alle diese Berufsgruppen erhalten – wie die Soldaten auch – für ihren Dienst eine adäquate Entlohnung. Das sollte genügen. Wie wäre es, wenn die Politik stattdessen die Leistung derjenigen honorieren würde, die tatsächlich ehrenamtlich, freiwillig und ohne nennenswerte Vergütung einen Dienst für die Allgemeinheit leisten? Jedes Jahr absolvieren Zehntausende ein FSJ oder einen BFD. Für ein ganzes Jahr. In Vollzeit. Sie müssen ihre Zugfahrt selbst bezahlen.

Michael Ott, Öhringen

Vielfahrer zur Kasse bitten

Zum Thema Pkw-Maut

Bei der Pkw-Maut geht es doch nur um neue Einnahmen für den Staat, die nicht Steuer heißen. Vorerst für Autobahnen, aber auf Dauer auch für andere Straßen machbar, wie die Lkw-Maut zeigt. Dabei ist eigentlich klar: Wer doppelt soviel fährt, verbraucht doppelt soviel Benzin oder Diesel. Wer doppelt soviel Sprit pro 100 Kilometer verbraucht, stößt in etwa auch doppelt soviel Abgase aus. Es bräuhete also kein komplexes Überwachungs- und Messsystem, wenn man Vielfahrer in Abhängigkeit vom Abgasausstoß zur Kasse bitten wollte: Benzin- und Dieselsesteuer erhöhen (Umweltabgabe) würde denselben Effekt erzielen. Allerdings ohne eine Gesichtswahrung für den CSU-Maut-Minister und auch ohne letztlich vom Steuerzahler zu finanzierende teure Überwachungssysteme.

Peter Rosenthal, Abstatt

Karikatur des Tages



Möglichkeiten der neuen Verkehrsordnung

Zeichnung: Haitzinger

Kleine Heldin, große Kritik

AKTIVISTIN Kampagnen gegen Greta Thunberg reißen nicht ab

Von unserem Redakteur
Christoph Donauer

Seit Greta Thunberg im August vergangenen Jahres damit begonnen hat, freitags zu streiken statt zur Schule zu gehen, blickt die Welt auf sie. Die Bewegung Fridays for Future hat sich nach ihrem Vorbild gegründet, Kanzlerin Angela Merkel nannte sie „ein außergewöhnliches Mädchen“. Längst wird die 16-jährige Schwedin für den Friedensnobelpreis gehandelt. Doch das Lob ist eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite ergießen sich Hass und Hetze über sie.

Schmutz Der Aufstieg von Greta Thunberg ist von Schmutzkampagnen begleitet. Und so wird auch ihre Reise über den Atlantik per Jacht von Kritik begleitet. Am Mittwoch war Thunberg vom südenglischen Plymouth Richtung New York aufgebrochen. Sie will im September an einem Klimagipfel der Vereinten Nationen teilnehmen. Sie reist zusammen mit dem Profisegler Boris Herrmann, Pierre Casiraghi, ihrem Vater und einem Kameramann. Die Fahrt werde kritisiert, heißt es bei „Focus Online“, „weil es sich um eine der teuersten Rennjachten der Welt handelt, weil ihr ‚Team Malizia‘ aus Monaco stammt, also aus einem Steuerparadies, weil das Schiff einem ominösen Stuttgarter Immobilienmillionär gehört“.

Bei der Recherche stellt sich das weniger dramatisch dar: Thunberg



Zwei Wochen lang wird Greta Thunberg mit dem Boot auf Reisen sein. Foto: dpa

hatte bei Twitter nach einer Möglichkeit gesucht, den Atlantik klimafreundlich zu überqueren. Profisegler Herrmann wurde darauf aufmerksam und erklärte sich bereit, die Überfahrt durchzuführen.

In einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ erzählt der Immobilienunternehmer Gerhard Senft, er habe die Jacht „Malizia II“ gekauft, um Herrmann bei einer Regatta zu unterstützen. „Ich habe das Boot für ihn gekauft und es an seinen Hauptsponsor, den Yacht Club Monaco, verchartert.“ Zwar sei es richtig, dass ein neues Boot dieser Art bis zu acht Millionen Euro koste. „Ich habe es gebraucht gekauft, und die Boote sind relativ wertstabil, so wurde das möglich“, erklärt Senft. Laut dem Blatt ist er nicht mehr im aktiven Geschäft tätig.

Selbst am Dieselmotor, den die Jacht verbaut hat, entzündete sich

Kritik. Dieser sei aus Sicherheitsgründen installiert, erklärt Senft. Er sei vor Abfahrt versiegelt worden.

Familie Immer wieder wird behauptet, Thunberg werde von ihrem Eltern instrumentalisiert. Ihr Vater Svante Thunberg begleitet sie auf ihren Reisen, sei eine Art Pressesprecher geworden, beschreibt es der „Stern“. Gleichzeitig schreibt das Magazin über ein Gespräch mit Thunberg: „Sie formulierte allein, niemand flüsterte ihr etwas ein, der Vater war in diesen Minuten weit und breit nicht zu sehen.“

Auch die Zusammenarbeit der Klimaaktivistin mit dem Unternehmer Ingmar Rentzhog ist beendet. Der Schwede hatte das Unternehmen „We don't have time“ gegründet, eine Lobbyplattform für Klimaschutz, finanziert durch Anzeigen. Thunberg war kurze Zeit Beraterin, stieg dann aber aus. In einer Broschüre warb Rentzhog mit Thunbergs Namen um Investoren und reklamierte, sie entdeckt zu haben. Sie und ihre Eltern wussten davon nichts, sagte Vater Svante Thunberg der Zeitung „Svenska Dagbladet“. „Niemand von uns wusste davon. Niemand steht hinter Greta als Greta selbst.“ Das Unternehmen räumte das später in einer Mitteilung ein und entschuldigte sich.

Die Abfahrt verzögerte sich am Mittwoch, wegen stürmischer See. Ihr Handy habe sie zwar dabei, sagte Thunberg. „Im Moment plane ich vor allem, mich zu entspannen.“

Pressestimmen

Zum Volksbegehren Artenschutz

Badische Zeitung, Freiburg Wer ist „das Volk“, und warum fühlt es sich nicht vertreten? Die Frage rührt an die repräsentative Demokratie und ihre wichtigste Errungenschaft: Wahlen. Den Partnern der amtierenden Koalition haben 2016 fast zwei Drittel der Wähler das Vertrauen ausgesprochen. Nun würde schon ein Zehntel der Wähler genügen, um der Regierung in einer wichtigen Frage das Misstrauen auszusprechen. Dieses speist sich aus Zweifeln, ob die Regierung –

und die sie tragende Landtagsmehrheit – Ökologie und Nachhaltigkeit Vorrang geben, wie sie behaupten

Zu den Unruhen in Hongkong

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Die Geschichte des noch jungen 21. Jahrhunderts gerät gerade an eine Weggabelung. In Hongkong steht eine Entscheidung an über die globale Bedeutung der Freiheit. Setzen sich demonstrierende Individuen durch? Oder wird Chinas Militär diese neue Protestbewegung zertrümern, samt ihrer aus Sicht Pekings überkommenen westlichen Leitbilder? Und wenn ja: Wen, Hand aufs Herz, regt das wirklich auf? Schon die Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens blieb hierzulande ein Thema für Spezialisten. Der deutsche Mann auf der Straße sagt: China ist weit weg. Der deutsche Manager in der Chefetage sagt: Die Geschäfte gehen vor. Und die chinesische Führung sagt: Alles, was wir tun, dient einer guten Sache, dem Fortschritt, allerdings einem kollektiven.

Kommentare

AfD im Fokus



Von Stefan Lange

Die Landtagswahlen im Osten werden die politische Karte in Deutschland verändern.

Sofern sie nicht in der eigenen Heimat stattfinden, sind Landtagswahlen oft wenig spannend. Warum sollte es einen Bayern oder Baden-Württemberger kümmern, wer in Niedersachsen regiert? In zwei Wochen sind Landtagswahlen in Sachsen sowie in Brandenburg, und hier sieht die Sache anders aus, diese Abstimmungen gehen alle was an. Denn die Wahlen in den beiden ostdeutschen Bundesländern werden das politische Machtgefüge in Deutschland nachhaltig verändern.

Die AfD hat gute Chancen, als stärkste Kraft in den Potsdamer und den Dresdner Landtag einzuziehen. Aktuelle Umfragen zufolge liegt sie im Freistaat gleichauf beziehungsweise knapp hinter der CDU. In Brandenburg läuft es auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD hinaus.

Falls die Alternative für Deutschland am 1. September tatsächlich ganz oben auf dem Treppchen steht, wäre das das Ende einer Entwicklung, die sich schon seit längerem andeutet. Bereits bei der Bundestagswahl 2017 war die AfD in Sachsen stärkste Kraft. Diesen Erfolg wiederholte sie kürzlich bei der Europawahl. In Brandenburg rückte die AfD 2017 auf Platz zwei vor, bei der Europawahl lag sie ganz vorne.

Antworten Die anderen Parteien können sich nicht mehr beschweren. Sie hatten genug Zeit, Antworten auf die AfD zu finden. Zwei Jahre reichen völlig aus, Analysen in Auftrag zu geben, sich mit den Chefs der Meinungsforschungsinstitute auszutauschen und eine Strategie zu entwickeln. Mit dem nötigen Nachdruck ist das nicht geschehen, wie die letzten Ergebnisse zeigen, und nun müssen CDU, SPD, Grüne und Linke sehen, wo sie bleiben.

Die AfD wird in beiden Bundesländern möglicherweise gewinnen, sie wird aber nicht in die Landesregierungen einziehen, weil niemand

mit ihr koalieren will. Derzeit nicht. Denn die etablierten Parteien, sofern man diesen Ausdruck überhaupt noch anwenden kann, werden es sehr schwer haben, untereinander tragfähige Bündnisse zu bilden.

Verluste In Potsdam wird Rot-Rot mit einiger Sicherheit nicht weiterregieren können. Schuld daran sind vor allem die sich abzeichnenden gewaltigen Stimmverluste für die SPD. Sie werden sich wohl im zweistelligen Bereich bewegen – 2014 holten die Sozialdemokraten in Brandenburg 31 Prozent. Eine Dreier-Koalition muss her, mit all den Schwierigkeiten, die so ein Polit-Trio mit sich bringt. Rot-Rot-Grün etwa wäre eine Option. Berlin hat solch eine Regierung – und kommt politisch derzeit kaum vom Fleck.

Auch in Sachsen wird es auf drei Regierungsparteien hinauslaufen. Derzeit regiert die CDU mit der SPD. Doch die Christdemokraten könnten um etwa zehn Punkte auf 27 Prozent abstürzen, die Sozialdemokraten steht ein Verlust von etwa vier Punkten auf acht Prozent bevor. Das reicht nicht für eine Fortsetzung der Regierung, laut

Umfragen würde es auch – außer rechnerisch mit der AfD – mit keiner anderen Partei hinkommen. Da die CDU Koalitionen mit der

Linkspartei grundsätzlich

lich ausschließt, wird es in Sachsen richtig schwierig. Denn die FDP könnte an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern und die Grünen spüren eher weniger Rückenwind aus der Bundespolitik. Sie stehen aktuell bei etwa zwölf Prozent.

Lange Verhandlungen stehen in beiden Bundesländern bevor und es bleibt abzuwarten, ob wirklich alle Spitzenpolitiker standhaft bleiben und sich der AfD verweigern. Bei der CDU gibt es in den zweiten und dritten Reihen ohnehin schon Forderungen, Bündnisse mit der Alternative für Deutschland einzugehen. Sollten sich die Koalitionsverhandlungen ausdehnen, werden besonders Machtversessene es doch mit der rechten Partei probieren.

Signal Davon wären dann alle Wählerinnen und Wähler landauf und landab betroffen. Die AfD würde unter anderem erstmals in den Bundesrat einziehen. Vor allem hätten solche Koalitionen im Land Signalwirkung auf den Bund.

Enthüllt



Von Annika Heffter

Wikileaks hat eine wichtige Aufgabe. Eine Verurteilung von Assange wäre fatal für die Pressefreiheit.

Wikileaks kann dafür kritisiert werden, wie und wann es sensible Daten und Informationen veröffentlicht, doch eines bleibt trotzdem klar: Die Enthüllungsplattform erfüllt einen Zweck in der Medienlandschaft. Sie sieht sich als journalistisches Organ und bringt Regierungen durch investigative Arbeit in Verlegenheit.

Ohne sie blieben viele Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Korruptionsskandale im Verborgenen. Enthüllungen wie die Missbehandlung von Gefangenen in US-Militärgefängnissen und Informationen zu Kriegsgeschehnissen

im Irak und Afghanistan sind wichtig, um insbesondere Staaten, die behaupten, westliche Werte zu verteidigen, auf die Finger zu schauen.

Eines sollte die Plattform deshalb in jedem Fall sein: Geschützt durch die Pressefreiheit, ob in Deutschland, den USA oder allen Ländern, die sich als Demokratie und Rechtsstaat verstehen. Die Journalisten, die Edward Snowden halfen, seine gestohlenen Informationen über die Mächtschafften der NSA zu veröffentlichen, sind in den USA nicht unter dem Espionage Act angeklagt worden. Das könnte in Zukunft jedoch möglich werden, sollte Assange zum Präzedenzfall werden. Dann könnten investigative Journalisten, egal welcher Nationalität, in den USA vor Gericht gebracht werden, wenn deren Veröffentlichungen der Regierung missfallen.

Weltweit ist die Pressefreiheit bedroht wie lange nicht. Auch deshalb müssen wir genau hinschauen, wie die USA mit dem Fall Assange umgehen.